

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Herausgeber: Amt Norden 2495 und 2496.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Herausgeber: Amt Norden 2768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgeltungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Strafband 4 M.

Berliner Organ

Inseratskosten die nebengesaltene Koppreizelle oder deren Raum 10 Pf. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigesaltene Reklamzeile 3 M. Teuerungszuschlag 20 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 8 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, abgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 2. Januar 1919

Nummer 3

Die Generalität gegen die Soldatenforderungen

Hindenburg gegen den Rätekongreß.

Das vertrauliche Telegramm Hindenburgs an das Armeekommando Oberost, das sich gegen die Beschlüsse des Rätekongresses wendet, hat folgenden Wortlaut:

Ich erkenne die von dem Zentralrat der K. und S.-Räte gefasste Resolution betreffend Verordnung über das Heerwesen, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann.

Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung Oberost (1) und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Zusage über den Bestand des Heeres (1) und Militärs über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und dadurch dem Offizier- und Unteroffizier-Korps ermöglicht wird, weiter Dienst zu tun.

Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorläufig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.

gen. Hindenburg.

Das Telegramm stammt vom 27. Dezember. Es wurde von den Genossen Doale, Dittmann und Barth in der entscheidenden Sitzung vom 28. Dezember dem Zentralrat mitgeteilt und dieser hat es in seiner Antwort auf eine der schriftlich gestellten Fragen unserer Genossen ausdrücklich mißbilligt. Trotzdem aber wagt es die Ebert-Regierung nicht, Hindenburg in seine Schranken zu weisen oder ihn seines Postens zu entheben. Er und sein Adlatus Croener pfeifen auf Rätekongreß und Regierung.

Militärischer Terror.

Die Ebert-Regierung wettet unausgesetzt gegen den „Terror von links“. Vor dem Terror von rechts weicht sie dagegen kein Zurück. Die militärischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission haben gedroht, ihre Ämter niederzulegen, wenn die Beschlüsse des Rätekongresses über die Rangabzeichen und das Waffentragen durchgeföhrt werden. Unsere Genossen Doale, Dittmann und Barth waren bereit, für die Herren Winterfeldt und Genossen die vorher schon den Seeoffizieren bei der Ablieferung der Schiffe an die Entente gewährt worden war: die Beibehaltung der Rangabzeichen und das Waffentragen zum Zwecke der Waffenstillstandsverhandlungen. Aber die Herren Winterfeldt und Genossen verlangten die Beibehaltung der Rangabzeichen und das Waffentragen auch außerhalb des Dienstes für das gesamte Heer, widrigenfalls sie niederlegen würden. Vor dieser Drohung wichen die Ebert, Schwedemann und Landsberg zurück. Sie wagen nicht, den Militärs einfach den Laufpaß zu geben und setzen sich lieber über den einstimmigen Beschluß des Rätekongresses hinweg. Ja, es kommt ihnen nicht einmal zum Bewußtsein, daß sie dabei unter dem Druck des schlimmsten Terrors der Militärs handeln. Dafür schreiben sie um so lauter über den „Terror der Arbeiter- und Soldatenräte“.

Ein Konflikt in Bremen.

Bremen, 1. Januar. Wie der Soldatenrat mittelst nimmte beim Eingange des Infanterie-Regiments Nr. 75 heute entgegen den getroffenen Verabredungen ein Teil der Truppen sowie das bürgerliche Publikum, das sich Deutschland über alles an. Es fanden darauf, um einer gewaltsamen Entwaffnung des Regiments vorzubeugen, zwischen dem Soldatenrat Bremen und dem Soldatenrat des Regiments Verhandlungen statt, die zur Niederlegung der

Waffen im Depot führten. Diese sollten dort von Angehörigen beider Räte bewacht werden. Vorerst haben sich jedoch nur Mannschaften örtlicher Rätegruppen zur Bewachung eingefunden.

Änderungen im Auswärtigen Amt.

Der bisherige Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche-Saddenhausen hat einen mehrmonatigen Urlaub nachgesucht und erhalten. Zum Unterstaatssekretär ist der bisherige Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Freiherr Langwerth von Simmern ernannt worden; weitere Veränderungen in der handelspolitischen Abteilung und in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes stehen bevor.

Neue Verhaftungen in München.

München, 2. Januar. Ueber neue Verhaftungen berichtet die „Augsburger Abendzeitung“: Am Abend des Neujahrstages wurde uns von Soldaten unter den heftigsten Drohungen gegen die augenblicklichen Nachhaber berichtet, daß der gesamte Feldobstaterat des Infanterie-Regiments, ferner Oberst von Epp sowie zwei weitere Offiziere des Regiments auf Befehl des K. und S.-Rates verhaftet wurden. Die beiden Offiziere seien dem Militärgericht überwiesen worden.

Der Streik in Oberschlesien.

Kattowitz, 1. Januar. Die Verhandlungen, die gestern in Kattowitz zwischen den Volksbeauftragten Girsch und Landsberg, den Gewerkschaftsführern und den Vertretern der streikenden Arbeiter stattfanden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Es ist vereinbart worden, daß über die Forderungen der Arbeiter in einer Besprechung von Vertretern derselben sowie der Unternehmer unter Mitwirkung der Regierung noch vor dem 15. Januar verhandelt werden soll.

Ruhe in Bromberg.

Bromberg, 1. Januar. (W. L. B.) Vom Volksaus-schuss geht uns folgende Meldung zu: Im Regierungsbezirk Bromberg sind durch Verhandlungen des Volksaus-schusses Bromberg mit Genossen die Differenzen beigelegt. Die Verhandlungen werden in Dohensolva fortgesetzt. Ruhe und Ordnung sind somit wieder hergestellt.

Die Räumung Rigas.

Am Selbstertag haben die deutschen Streitkräfte der eisernten Division ihre Stellungen bei Hingenberg räumen und sich auf die Hügelstellung zurückziehen müssen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Der deutsche Gesandte, der sich tags zuvor im Vorgezug in die vorbersten Stellungen begeben hatte, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen zum Widerstand anzufeuern, traf die schwachen Streitkräfte bereits in einer so bedrohten Lage, daß ein Halten der Stellungen um Hingenberg unmöglich schien. Mit dem Augenblick, in dem die Truppen der Bolschewiken die Hügelstellungen erreicht haben, ist die Räumung Rigas unvermeidlich geworden, besonders wenn man die Stadt schonen und nicht einer Einnahme mit stürmender Hand aussetzen will. Die englische Flotte hat sich außerstande erklärt, überseits helfend und schützend eingzugreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich vollzogen hat, die Räumung Rigas nach im Laufe dieser Woche beschlossen worden. Da noch tausend Reichsdeutsche sich in Riga aufhalten und große Teile an Privatbesitz und Heeresgut noch nicht abtransportiert sind, wird auch nach der Ueberlieferung der Gefondenschaft nach Riga ein Vertreter des Gesandten in Riga bleiben, um die reichsdeutschen Interessen auch gegenüber den Bolschewiken zu vertreten.

Schwierige Lage im Osten.

Der Artikel XII.

Die letzten Tage haben aus dem Osten Meldungen gebracht, die in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregten. Telegramme aus den baltischen Provinzen berichteten über ein gemeinsames Vorgehen der noch im Lande verbliebenen deutschen Truppen mit den Ententetruppen gegen bolschewistische Streitkräfte.

Wer die Ereignisse im Osten und die ganze Ostpolitik aufmerksam verfolgt hat, konnte nicht im Zweifel sein, daß eine derartige Komplizierung der Lage früher oder später eintreten würde. Der Anmarsch starker bolschewistischer Truppen veranlaßte die neu entstandenen demokratischen Landesregierungen in Estland und Livland, sich an die Entente um Hilfe zu wenden. Diese äußerte jedoch um Stelle nur eine Anzahl kleiner Seeestreitkräfte für den Schutz der Ostseeprovinzen zur Verfügung. Da diese Kräfte ungenügend waren und die Entente ein beträchtliches Interesse hatte, die baltischen Provinzen mit ihren Häfen und Bahnen unter ihrer Kontrolle zu behalten, um den Sowjetregierungen den Ausganga nach dem Westen zu versperren, stellte sie an die deutschen Okkupationsbehörden, unter Berufung auf Artikel XII des Waffenstillstandsvertrages, die Forderung, die deutschen Truppen zur Abwehr des bolschewistischen Einmarsches bis auf weiteres im Lande zu behalten. In dieser Angelegenheit erfolgte seit 14 Tagen ein politisch bedeutsamer Notenwechsel zwischen dem Oberkommando der Alliierten und der Deutschen Waffenstillstandskommission, über den ein amtliches Communiqué folgendes berichtet: Der Ausgangspunkt dieses Notenwechsels sei eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des den Rücktransport betreffenden Artikels XII Abs. 2 des Waffenstillstandsvertrages. Er lautet:

„Alle deutschen Truppen, welche sich augenblicklich auf den vor dem Kriege zu Rußland gehörigen Gebieten befinden, müssen ebenfalls hinter die deutschen Grenzen, wo sie am 1. August 1914 waren, zurückgehen, sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten.“

Marshall Koch gab diesem Artikel in einer Note eine solche Auslegung, daß die deutschen Truppen solange im Rußland bleiben müßten, als es die Entente für richtig finde, im Interesse der Befestigung des russischen Bolschewismus durch deutsches Militär. Dieser Auffassung stellte General Winterfeldt die Entledigungsgeschichte des Artikels XII gegenüber:

„Der ursprüngliche Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen forderte die sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen von den besetzten russischen Gebieten. Die deutschen Vertreter schlugen jedoch vor, im Interesse der Bewohner dieser Länder, die deutschen Truppen vorläufig dort zu belassen.“

Die Berücksichtigung dazu wurde zugesprochen. Eine Verpflichtung gegenüber den Alliierten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, hat Deutschland damit nicht übernommen. Deutschland kam der Aufgabe, im Osten für Ruhe und Ordnung zu sorgen, freiwillig nach, solange es in seiner Macht lag.“

Neuerdings hat nun Eraberger, der Vorsitzende der Deutschen Waffenstillstandskommission, unter Bezugnahme auf die Erklärung General Winterfeldts, die deutschen Vertreter in Spaa gebeten, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Auffassung, als ob wir im Artikel XII die Verpflichtung übernommen hätten, unsere Truppen so lange im Ostgebiet zu belassen, bis die Alliierten ihren Abzug für zweckmäßig halten, nicht der getroffenen Abmachung entspreche.

„Wir haben feierlich“ als von uns die sofortige Räumung verlangt wurde, mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit ihrer raschen Ausführung wegen des Mangels an Eisenbahnmateriale und im Hinblick auf das bedrohliche Schicksal der besetzten Gebiete darum gebeten, unsere Truppen noch länger dort lassen zu dürfen. Darauf wurde uns dies in Form der endgültigen Fassung des Artikels XII bewilligt, so daß die Worte „sobald die Alliierten den Augenblick für gekommen erachten“ den äußersten Zeitpunkt bezeichnen, bis zu dem

wie die Gebiete besetzt halten können, und nicht etwa den höchsten, zu dem wir berechtigt sind, sie zu räumen."

Weiter wehrt sich Herr Erzberger gegen den Vorwurf der Entente, daß Deutschland direkt oder indirekt den bolschewistischen Vormarsch fördere. Deutschland sei im Gegenteil noch mehr als die Entente daran interessiert, das Vordringen des Bolschewismus zu verhindern. Die Stimmung der Truppen mache es aber unmöglich, diese Aufgabe zu erfüllen, da sie nur noch den Wunsch hätten, in die Heimat zurückzukehren. Wenn die Entente die Auffassung habe, der Bolschewismus sei eine Gefahr, der auf jeden Fall, und mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse, und wenn sie der Ansicht sei, daß unsere Kräfte dieser Aufgabe nicht genügen, so wäre es zweckmäßig, wenn sie selbst ihre Lösung in die Hand nehmen oder wenigstens sich daran beteiligen würde. Jedenfalls — so schloß Herr Erzberger — müßten wir nochmals darauf hinweisen, daß wir die Aufgabe lediglich im Interesse der Allgemeinheit und unserer selbst übernommen haben und auch gern weiter nach Möglichkeit übernehmen wollen, daß uns aber eine entsprechende Verpflichtung in Artikel XII, wie die Entstehungsgeschichte der jetzigen Fassung klar ergebe, nicht auferlegt sei.

Man kann nicht gerade behaupten, daß die Erklärung Erzbergers vollständige Klarheit über den ominösen Artikel XII schafft. Feststehend erscheint jedenfalls, daß die deutschen Unterhändler selbst den Wunsch hegen, solange wie möglich in den besetzten Gebieten zu bleiben, woraus dann die Entente die Verpflichtung ableitete, die deutschen Truppen solange in den Okkupationsgebieten zu belassen, als sie, unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete, dies für notwendig erachten würde. Grundsätzlich hat Herr Erzberger auch jetzt nicht gegen das Verbleiben der deutschen Truppen etwas einzuwenden. Er bestreitet nur, daß Deutschland verpflichtet sei, diesem Verlangen der Entente nachzukommen.

Die Praxis.

In merkwürdigem Gegensatz zu der theoretischen Stellungnahme des Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission steht die Praxis der deutschen Behörden in den baltischen Provinzen. Die „Note Röhne“ veröffentlicht ein Dokument über Verhandlungen zwischen englischen Bevollmächtigten und dem deutschen Reichsbevollmächtigten Winnig. Die Engländer forderten:

1. Daß die Deutschen eine genügende Streitkraft in diesem Bezirk zu halten haben, um die Bolschewisten in Schach zu halten und ihnen nicht zu erlauben, über ihre gegenwärtigen Stellungen heraus vorzudringen.
2. Die Kräfte, welche nicht benötigt werden für den vorstehenden Zweck, müssen mit aller Beschleunigung zurückgezogen werden in Übereinstimmung mit den jetzt in Kraft befindlichen Waffenstillstandsbedingungen.
3. Eine Aufstellung der gegenwärtigen Dispositionen für die Truppen, welche gegen die Bolschewisten kämpfen, sowohl der deutschen wie der lettischen, sollen an den britischen militärischen Stabschef gesandt werden zur Kenntnis für den ältesten Marineoffizier. Alle künftigen Dispositionen hinsichtlich der Truppen, welche zum Kampf gegen die Bolschewisten bestimmt sind, sollen durch denselben Offizier mitgeteilt werden.
4. Eine genügende Streitkraft muß an den folgenden Punkten unter Waffen erhalten werden, um ihre Einnahme durch die Bolschewisten oder deren Verbindungen in eine allgemeine Linie, welche nachfolgende Plätze verbindet, zu verhindern: Wolf, Wolmar, Wenden, Friedrikskrodt, Pustel, Rikou.
5. Die Eisenbahn von Riga nach Libau soll gegen bolschewistische Angriffe geschützt werden und alle britischen Vorräte und Post, welche auf dieser Strecke fahren, sollen Vorrangbehandlung genießen.
6. Die deutschen Behörden sollen britischen Offizieren jeden Besuchs erlauben, der erbeten wird, um die vorgeschobenen Posten zu besichtigen, um zu sehen, daß die vorstehenden Bestimmungen ausgeführt werden.
7. Alle Plätze, welche künftig den Deutschen innerhalb der gegenwärtigen Front besetzen sollen, sind von ihnen mitzubernehmen.
8. Während der Dauer bis zur Erlaubnis der Entente für die deutschen Truppen gem. Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages abzuziehen, sind sie verantwortlich für die Sicherheit der Bevölkerung innerhalb der besetzten Gebiete gegen bolschewistische Angriffe.
9. Dieses erhebt die deutschen Mil.-Behörden nicht von der Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung (Art. 12) in

anderen Gebieten, welche in den vorstehenden Punkten nicht ausdrücklich erwähnt sind.

Der Deutsche Reichsbevollmächtigte Winnig antwortete:

„Zwar ist es ungewöhnlich, eine Regierung zwingen zu wollen, einen fremden Staat besetzt zu halten, in diesem Falle aber wäre es unser eigener Wunsch, da es gelte, deutsches Blut zu schätzen und wir uns auch für moralisch gebunden fühlen, dem Lande zu helfen, das wir aus seinem früheren staatlichen Zusammenhange freigemacht hätten.“

Unsere Bestrebungen würden aber erschwert werden durch den Zustand der Truppen, die unter dem Einfluß der Wirkung der Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr kämpfen, sondern heim wollen, die außerdem aus alten Kriegsinvaliden bestehen, zweitens durch das Verhalten der hiesigen Regierungen, die die Deutschen als ihre Unterdrücker hinstellen. Wir wären demüht, freiwillige, kampfbereite Verbände zu schaffen, was zum Teil schon gelungen sei. Diese Verbände sollten zunächst als Nachwuchs der abgezogenen Truppe dienen, würden aber auch darüber hinaus zum Schutze des Landes gegen Bolschewiken verwendet werden, soweit die Freiwilligen hierzu zu bringen sein würden.

Auch unterließen wir noch Abschlüsse die Aufstellung einer Landeswehr. Endlich beschloß General von Gharff die Anwerbung eines starken Freiwilligenkorps zum Schutze des Baltikums, falls die deutsche Regierung zustimmen und die hiesigen Regierungen den Freiwilligen nach Abschluß des Kampfes Einbürgerungsrecht gewähren.

Der Chef der 8. Armee gab noch folgende Schilderung der militärischen Lage:

„Hinweis auf Stärke bolschewistischer Truppen. Unter denen anscheinend großrussische Truppen isoliert, derzeitige Schwäche der verfügbaren eigenen Freiwilligenverbände und der Landbestruppen; was zugeht zum Schutze des Landes möglich, geschähe. Alle übrigen deutschen Truppen verweigerten weiteren Kampf, verlangten Abtransport in Heimat. Englische Besatzungen, diese Truppen festzuhalten und zum Kampf einzusetzen, wäre unausführbar.“

Trotzdem beharrten die Engländer auf das energischste auf ihren Forderungen und drohten mit den ernstesten Folgen.

Dieses Dokument, das die schwierige Lage in den baltischen Provinzen, gleichzeitig aber auch die sehr merkwürdige Haltung der deutschen Behörden illustriert, erzählt eine wertvolle Ergänzung durch die bekanntgemachten Einzelheiten über die Anwerbung deutscher Freiwilliger für die baltischen Provinzen. Baltische Barone, das emporstrebende Gefühls der Welt, dieselbe Sippschaft, die durch ihre alldenkliche Treiberei die deutsche Politik in verhängnisvollster Weise beeinflusst und das deutsche Volk zur Katastrophe getrieben hat, unterhalten in Berlin ein Werbebüro, das dafür zu sorgen hat den baltischen Großgrundbesitzern eine gekaufte Schutztruppe zur Verteidigung ihres Besitzes zu stellen. So wird auch jetzt das deutsche Interesse in verhängnisvollster Weise beeinflusst durch die Treiberei einer kleinen Clique, die noch heute in den verschiedensten Reichsämtern, vor allem im auswärtigen Amt, ihren Einfluß geltend macht.

Auf die weiteren Einzelheiten der verwickelten Lage im Osten und auf die Konsequenzen, die sich aus dieser Lage für uns ergeben, kommen wir in einem weiteren Artikel zurück. Zunächst sei jedoch bemerkt, daß wir die eindeutige Haltung der deutschen Unterhändler in Swao und die Praxis der deutschen Okkupationsbehörden und des Reichsbevollmächtigten Winnig auf das allerentschiedenste verurteilen.

Wir erheben auch den schärfsten Protest gegen die Duldung des baltischen Werbebüros unter den Augen der Reichsregierung wie überhaupt gegen den noch sich geltendmachenden Einfluß der baltischen Barone auf die deutsche Reichspolitik. Das deutsche Volk ist nicht dazu da, die Privilegien der baltischen Adelskaste vor den lettischen Bauern zu verteidigen. Kein Mann darf eingeleitet, keiner auch nur eine Stunde länger als notwendig in den Ostseeprovinzen gehalten werden. Die dort der Lösung stehenden Aufgaben, die für die deutsche Zukunft, für die Zukunft der Revolution von ungeschätzter Bedeutung sind, dürfen nicht mit Blut und Eisen, nicht durch ein Teufelsmännchen mit den geräuschvollen Imperialisten, sondern nur auf dem Wege einer großzügigen demokratischen Friedenspolitik, für die auch dort die Voraussetzungen gegeben sind, entschieden werden.

Eine Kundgebung Deutsch-Oesterreichs.

Die deutschösterreichische Regierung richtet an die fremden Regierungen eine Note, in der es heißt:

Die neue Republik wendet sich an die anderen Mächte, um von ihnen als freier souveräner Staat anerkannt zu werden. Als Mitglied des künftigen Völkerbundes würde Deutschösterreich in Frieden und Freundschaft mit allen anderen Staaten leben. Der Kriegszustand, in dem sich die österreichisch-ungarische Monarchie befand, ist ebenso wenig auf Deutschösterreich übergegangen, wie auf den tschecho-slowakischen oder irgend einen anderen aus der Zerstückelung Oesterreich-Ungarns entstandenen Nationalstaat. Es widerspricht dem Recht und der Freiheit sowie den internationalen Grundsätzen, wenn Deutschösterreich auch weiterhin nicht in Beziehungen zu anderen Nationen treten könnte. So wie die Grenzen Deutschösterreichs allen anderen Völkern und deren Vertretern vorbehaltlos geöffnet sind, beansprucht Deutschösterreich gerichtszeitigweise, daß es ihm möglich gemacht werde, bei den Vereinigten Staaten und bei Europa die Bedürfnisse seiner Bevölkerung zur Geltung zu bringen.

Die gegenwärtigen Zustände lassen es sehr schwer erscheinen, insbesondere in Zentral-Europa eine endgültige Regelung der internationalen Beziehungen herbeizuführen. Die deutschösterreichische Republik richtet daher an alle zivilisierten Nationen die dringende Bitte, mit den Friedensverhandlungen zu beginnen und ohne Vergug in die Präliminarien einzutreten. Die Bestimmungen des Friedensvertrages werden in erster Linie dem deutschösterreichischen Volke Freiheit auf dem ganzen Gebiete gewährleisten, auf dem es wohnt. Dieses Gebiet umfaßt Inner-Oesterreich mit Deutsch-Steiermark, Deutsch-Tirol, Deutsch-Südtirol, das westliche deutsche Sprachgebiet in Nord-Böhmen, endlich Sudetensland. Der Versuch, Deutschösterreich von einem Teil dieser Länder zu trennen, um sie einem anderen Volke zu unterwerfen, hätte die verhängnisvollsten Folgen für die Gegenwart und Zukunft. Die Zusammenfassung dieser Gebiete stellt eine Lebensnotwendigkeit für die wirtschaftliche und intellektuelle Erziehung jedes seiner Teile dar.

Ein tschecho-slowakischer Staat, der die oben-erwähnten deutschen Gebiete umschließt, würde genügt keinen wirklichen Nationalstaat darstellen, sondern gleich dem alten Oesterreich ein Gemischel von Nationen sein und zum Schicksal erbitterter Feindschaft zwischen den tschechischen und der deutschen Bevölkerung werden. Der Besitz der deutschen Gebiete Böhmens und der Sudetenländer würde für den tschecho-slowakischen Staat keinezeitig eine Lebensnotwendigkeit darstellen, da ihm sein fruchtbares und industriereiches und auch an Kohlenlagern reiches Gebiet auch ohne diese Provinzen die größtmöglichen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten gewährleisten würde. Auch für die deutsche Bevölkerung an den Grenzen des jugoslawischen Staates mit Deutschösterreich auf dem Selbstbestimmungsrecht bestehen. Das gleiche Selbstbestimmungsrecht kann Deutschösterreich mit vollem Recht für die deutsche Bevölkerung Südtirols verlangen, denn dieses Gebiet mit seinen hauptsächlichsten Mittelpunkten Bozen, Meran und Trient ist ein Territorium, dessen deutscher Charakter auf mehr als ein Jahrhundert zurückzuführen werden kann.

Alle diese Forderungen entsprechen vollständig dem demokratischen Grundsatze, daß die neuen Grenzen zu gezogen werden sollen, daß sie klar erkennbar sind nach dem Grundsatz der Nationalitäten, und daß kein Territorium von einem Staat an den anderen übertragen werden darf ohne Zustimmung der anfalligen Bevölkerung. Demgemäß schlägt die deutschösterreichische Republik vor, die Zukunft aller dieser strittigen Gebiete durch eine Volksentscheidung zu bestimmen zu lassen, nach Bedingungen, die durch die Friedenskonferenz festgelegt werden und unter strenger Kontrolle, ausgeübt von neutralen Behörden. Alle übrigen Beziehungen zwischen Deutschösterreich und den Nachbarstaaten werden ebenfalls in vollem Einvernehmen oder, wenn notwendig, durch ein internationales Schiedsgericht geregelt. Alle früher gemeinsamen Angelegenheiten müssen lokal und freundschaftlich liquidiert werden.

Anlangend die internationale, politische und wirtschaftliche Stellung des deutschösterreichischen Volkes ist es unumgänglich notwendig, daß Deutschösterreich den Bestandteil einer Föderation bildet, sei es durch Verbindung mit anderen auf dem Gebiete des ehemaligen Oesterreich-Ungarns existierenden nationalen Staaten als Danubien-Föderation, oder durch Anschluß an

Warum ich aus Deutschland ging.

Von Georg Friedrich Nicolai.

(IV.)

Mit meinem Schicksal hatte ich mich auf meine Weise abgefunden, und wenn man mich wenigstens jetzt friedlich meinen Dienst hätte tun lassen, so wäre alles gut gegangen. Es sollte aber offenbar nicht gut gehen, und — vielleicht war es auch richtiger, daß alles so kam, wie es gekommen. Ich hatte, wie es für eine Person im Sanitätsdienst nach der Genfer Konvention an sich selbstverständlich ist, zwei Jahre lang waffenlos Dienst getan, nun sollte ich mit einem Ruck meinen Krankenwärtendienst mit umgeschaltetem Säbel verrichten. Auf diese Lächerlichkeit, deren Sinn ich nie recht begriffen habe, wollte ich mich nicht einlassen, und drei Wochen lang bildete es das Gaudivium der Garnison, wer wohl seinen Kopf durchziehen würde — der Edelmonomane Kommandeur oder ich. — Der Zustand war wirklich unhaltbar geworden, und eines Nachmittags detrierte denn auch der Nachhader von Ellenburg: Da ich den Krankenwärtendienst nicht mit umgeschaltetem Säbel verrichten wollte, hätte ich von morgen ab mit dem Säbel Kriegsdienst zu tun.

Bedauernd lehnte ich ab. Freilich bezief er daraufhin das Duhend Offiziere, das ihm in der kleinen Garnison zur Verfügung stand, und wiederholte „vor vornehmlichem Kriegsdienst“ nochmals seinen Befehl. Ich mußte lächeln, denn ich dachte an die goldstrotzenden Offiziere, die vor Jahren Herr Wöbe bei der Ueberleistung um sich versammelt hatte, und die schon damals ihre hypochondrische Wirkung verliert hatten, und lächelnd erklärte ich, daß ich trotz des verammelten Kriegsvolkes bedauern müsse. Aber der Kommandeur lächelte auch, höchst herablassend und malitios, und meinte, ich werde schon sehen, wie gut es am andern Tage zu Reich und Alled gehen würde.

Kurz es war eine im wahren Sinne höchst lächerliche — aber zugleich auch höchst traurige und beschämende Szene. Das lächerliche und für Deutschlands Ehre so Beschämende war aber dabei, daß der Herr Kommandeur über unsern gegenseitigen Lächerlich gong vergaß, daß Löhntier Ernst verborgen sein konnte. Höhere und erfahrenere Offiziere hoben mir selbtem versichert, der

Herr Kommandeur würde es am nächsten Tag nicht auf die Kampfprobe haben ankommen lassen (was auch ich im ganzen für nicht gerade wahrscheinlich halte). Andererseits aber kam dem Kommandeur gar nicht der Gedanke, daß am Ende ein deutscher Soldat doch auch einmal Mut oder Entschlossenheit zeigen könnte. So wenig rechnete der Offizier mit der Möglichkeit einer Bestimmungskreuz bei seinen Untergebenen, daß er mich trotz meiner Weigerung nicht verhaftete, sondern ruhig gehen ließ — in der sicheren Erwartung, ich werde morgen gegenstandslos antreten.

Ob ich das aber wollte, ob ich auch unter diesen Umständen noch beim Militär bleiben konnte, das mußte ich mir jetzt überlegen. Die Frage war: Wollte ich ausstehen und — wie der einzige Liebstecht — ins Zuchthaus gehen, oder wollte ich — wie so viele andere meiner Freunde — die Freiheit suchen. Ein Drittel gab es ja nicht.

Drei Stunden hatte ich nun, dann ging der einzig mögliche Zug, und die Wahl war nicht leicht.

Ich dachte an Sokrates und an die Gelassenheit, mit der er selbst den schrecklichen Befehlen seines Vaterlandes gehorsam geblieben war und den Tod erlitten hatte. Verlorend klangen mir alle die großen und wunderbar herrlichen Worte, die Plato ihn sagen läßt, im Ohr, aber — ich dachte auch an Luther, der, nachdem er sein trügerisches „Ich kann nicht anders“ dem Kaiser ins Gesicht geschleubert, sich in die Wartburg rettete, dort das Begonnene zu vollenden. Leider Männer Tun schien nachahmungswertes Vorbild: Des großen Atheners philosophische Entfaltung ebenso wie des sächsischen Mänsches selbstlicher Kateniust.

So ging ich denn zur Wehr, die ich überschreiten wollte; einige hundert Schritt vorher wurde ich verhaftet. Der Hauptmann, vor den ich geführt wurde, und dem ich auf seine Frage sagte, ich sei Prof. Nicolai, sah mich lange und merklich an. Ich weig nicht, ob er wollte, daß ich gefasst werde; ich hatte aber den Eindruck, daß er es wisse. Wenn dem so war, konnte ich dem alten Herrn. Es war denn einer der gar nicht so seltenen, von tieferer Menschlichkeit erfüllten, deutschen Offiziere, denen ich begegnet bin. Der Eindruck von seiner Menschlichkeit wurde noch dadurch verstärkt, daß er mir den Rat gab, das Ueberstreiten der Grenze ja nicht in der Nacht zu versuchen, denn dann gingen Patrouillen mit Spärhunden. (I) — Dann ließ er mich gehen. Ich ging — und trotzdem mit ein Schmuggler aus der

Gegend, den man mit geschickt hätte, verhaftete, es sei ein Kinderpiel, nichts über die Grenze zu gehen, und er garantierte für den Erfolg, rühr ich doch zurück nach Berlin; denn ich wollte mein Vaterland nicht von Hund und Geheiß verlassen. — Ein Mensch, der Tiere auf Menschen hebt, war immer mit das entsetzliche gemessen, was ich mir vorstellen konnte.

Wie aber sollte ich nun eigentlich Deutschland verlassen, das wahrscheinlich doch überall von Hund und Geheiß umstellt war?

Da fiel mir ein, daß das längste Kind unserer modernen Technik, der Aeroplan, ja von seinen zukunftsreichen Erfindern ursprünglich dazu bestimmt war, die Grenzen, die man nicht überschreiten konnte, zu überfliegen. Es reizte mich, die Ehre dieses völkerüberwindenden Werkzeuges, die in diesem Kriege so hundsgeheim geschändet war, wenigstens in etwas wiederherzustellen, es reizte mich, dieses zum Meid mißbrauchte Instrument wenigstens einmal in den Dienst des Friedens zu stellen, und es reizte mich schließlich auch rein persönlich ein Vergnügen zu haben. (Warum sollte man nicht einmal gehen, da wir Kämpfer für den Frieden auch hierin den Kämpfern an der Front nicht nachsehen!) Kurz, nach allen Richtungen hin schloß es mir das würdevollste Fluchtmittel, und ich schrieb deshalb an einen befreundeten Fliegeroffizier und fragte ihn, ob er mir nicht ein Flugzeug nach Ostland oder nach der Schweiz zur Verfügung stellen könne. Er antwortete, daß es nach der Schweiz erst in einigen Wochen möglich sein werde, daß ich aber sogleich von Neuruppin aus nach Dänemark — nach anderen Ländern wäre es von dort zu weit — mit einem ganzen Schwadroner fliegen könne.

Nun, aus dem Weiswahrer ist es aus Luthoren Weisden nichts gemeldet; wir waren nur zwei Flugzeuge, die schließlich nach Dänemark fuhren. Aber wir fuhren — und dann sah ich im Flugzeugraum der Johann-Nach das beterrnde Meer fernher leuchten, das ich sicher ebenso selbstverständlich begrüßte, wie einst die gebulauend, heimatverlangenden, weitverirrten Griechenbergen. Denn auch ich sahnte mich nach einem Lande, wo ich nicht mehr wie ein Ausgestoßener behandelt würde, weil der Glaube an das, was Griechenland nicht der Welt geschickt, der Glaube an Wissenschaft und Kultur, wie wehe geht als das Schwert der Barbaren. Und dann überlag in dankbarer Verehrung gegen die alles bezwingende Technik dreitausend Meter über der Erde die Grenzen des Landes, in dem meine Wiege stand, die vom

*) Vergl. auch Nr. 75, 76 und 81 der „Freiheit“.

Deutschösterreich auf die Donauuferstaaten, wie sie allein die Erlösung und die Entwicklung Deutschösterreichs gewährleisten würde, nicht hoffen kann.

Es bliebe daher nur der Anschluß an Deutschland.

Von der vollständigen Vereinigung der deutschen Rasse würden die anderen europäischen Nationen nichts zu fürchten haben. Wohl erscheint Deutschland eine Verhäufung von großen Mächten, aber gleichzeitig würde es die Unterstützung von 40 Millionen Slaven, Magyaren und Lateinern verlieren. So würde die Rückkehr Deutschösterreichs nach Deutschland weder ein Wachstum Deutschlands erzeugen noch das europäische Gleichgewicht stören. Die Vereinigten Staaten Amerikas und die Entente-Mächte haben das Recht der Nationen verstoßen, sich frei zu vereinigen. Dieses von Polen, Italienern und Slaven zugeschnittene Recht kann dem deutschen Volke nicht abgesprochen werden. Deutschösterreich wünscht frei über seine Zukunft zu verfügen. Es wünscht als souveräner Staat an der Friedenskonferenz teilzunehmen. Deutschösterreich hat zu entscheiden, ob es sich mit Deutschland vereinigen will oder nicht.

Um die Notwendigkeit der Hilfeleistung und die Berücksichtigung seiner Ansprüche zu beweisen, wünscht der neue Staat so rasch wie möglich in direkte Beziehungen mit allen zivilisierten Nationen zu treten. Die neue Republik betrachtet keinen Staat als ihren Feind. Es wäre wohl jetzt Gelegenheit, die höhere Idee des Weltfriedens und des Völkerbundes zu verwirklichen, indem man freie Beziehungen zwischen den verschiedenen Staaten herstellt und es so der deutsch-österreichischen Republik ermöglicht, die Gerechtigkeit und Dringlichkeit dieser Darlegungen den Vertretern der Großmächte geltend zu machen, die in diesem Augenblick die Verantwortung für die Zukunft der Menschheit tragen.

Zentralratsitzung.

Künftig nur fünf Volksbeauftragte.

In der Sitzung vom 1. Januar wurden die gesamten Offiziere beraten. Beschlössen wurde, gemeinsam mit den Volksbeauftragten, dem Kriegsminister und dem preussischen Minister des Innern die Angelegenheit zu behandeln.

In der Sitzung wurde festgestellt, daß die Mitteilung in der „Freiheit“ vom 31. Dezember 1918 morgens, wonach das Schreiben der Genossen Haase, Dittmann und Barth bezüglich des Auftrages an den Kriegsminister im Zentralrat große Enttäuschung hervorgerufen habe, falsch sei, da der Zentralrat sich am 30. Dezember nicht mehr damit befassen konnte. Wir haben gar nicht behauptet, daß der Zentralrat als solcher etwas eine Entlassungsantragstellung veranlaßt hat, sondern daß ziemlich zahlreiche Mitglieder entlassen waren. (Ann. d. Red.)

Beschlossen wurde weiter, eine Sitzung mit dem preussischen Staatsministerium abzusprechen, um Bericht über dessen bisherige Tätigkeit und die Absichten für die Zukunft erstatten zu lassen.

Weiter wurde beschlossen, die Zahl der Volksbeauftragten, nachdem der Genosse Adde, Breslau, abgetreten hat, bei fünf zu belassen. In der Zentralratsitzung am 31. Dezember wurde beschlossen, die Volksbeauftragten um schnelle Vorlage der Ausführungsbestimmung (Regelung der Kommando-gewalt usw.) zu ersuchen. Weiterhin wurde man sich einig darüber, daß nicht der Zentralrat, sondern die Volksbeauftragten und zuständigen Ressorts Vollmachten auszufertigen habe.

Der Offizier als Funktionär.

Als im schönen Belgien die Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden, ließ es sich für die Landsturmbatalione, die vier Jahre lang die Befehle überboten, Hals über Kopf aus dem Bunde zu lösen, damit Straßen und Bahnen so schnell wie möglich frei würden für den Militärtransport der Fronttruppen. So besaß denn auch das Landsturm-Bataillon Weidmann, das noch bei Antwerpen an der holländischen Grenze lag, den Befehl, innerhalb drei Stunden marschbereit zu sein und sich auf dem Fußwege nach Lüttich zu begeben, von wo aus es nach Deutschland abtransportiert werden sollte.

Es marschierte zunächst nach Turnhout und blieb dort übernachtet. Der Befehlshaber und der jeden Tag zu erwartende Eingang der belgischen Heere hatte bereits die Zivilbevölkerung in einen Freudenschaum versetzt. Sie kümmerte sich nicht mehr um die deutsche Wehrmacht, die solange das unglückliche Land benutzte und den letzten Freiheitskämpfer, wo er sich auch bemerkbar machte, mit aller Brutalität unterdrückte. Überall wurden belgische Fahnen und die Fahnen der Entente gehißt. Den Soldaten wurde durch allerlei Reden angedeutet, wie gerne man sie sehen sehe und daß das deutsche Heer in Belgien nicht zurück-

kommen im Osten, das Haus, wogende Meer unter mir und einige weiße Wollen plätschernd Schwappten um mich. Ich sah Deutschland zum letzten Mal, umrahmt von den Farben der Völkerbefreiernden Tricolore, die — hoffentlich — auch bald seine Farben sein werden; denn die Tricolore ist nicht nur Frankreichs Fahne, sondern das Symbol aller abgigen Kämpfe gegen mittelalterlichen Feudalismus und anmaßende Junkerherrschaft.

Über die Einzelheiten meiner Fahrt kann ich natürlich noch nichts sagen. Zuhilfenahme Personen sind darin verwickelt, die darunter zu leiden haben würden. Nur doch die Regierung schon seitens einer der Unschuldigen, die Frau eines meiner Begleiter, ins Gefängnis genommen.

Als ich in Koppenhagen von dem gallischen Anselbold freundlich aufgenommen und unter seinen Schutz gestellt war, habe ich zum letzten Mal mich durch geeignete Vermittlung an die deutsche Regierung gewandt und um Rechtsbehelf gebeten: Ich wollte zurückkehren, wenn man mir diesen garantiert und mich dementsprechend entschuldigt. Man versprach sein Möglichstes zu tun, und ich glaube, daß die guten Behörden sich auch bemüht haben, diese Wünsche untergeordneter Militärfunktionäre, wieder gut zu machen; aber sie konnten doch nicht verhindern, daß ich während der acht Wochen, die ich geduldig und schweigend wartete, amtlich bereits unrichtiger Weise als Defektor bezeichnet wurde, daß in Berlin mein und meiner Freunde Häuser durchsucht und in Koppenhagen mit die Erlaubnis-gewährt wurde, auch nur einen Rechtsanwalt zur Vertretung meiner Interessen zu bevollmächtigen oder meiner Frau Vollmacht zu erteilen. Vor allem aber wurde der Versuch gemacht, meine Auslieferung wegen Diebstahls einer Flugmaschine zu erwirken. Außerdem ließ mich die deutsche Regierung in zu erzwungen, außerdem ließ mich die deutsche Regierung in deutschen Zeitungen (vgl. Abendausgabe der „Frei“ vom 27. August 1918) für verrückt erklären, wozu ich mich ja — neben dem Gesandten auf unserem wichtigsten Auslandsposten und dem Direktor unserer größten Waffensabrik — in nicht gar zu schlechter Gesellschaft befinde.

Ich nahm auch das hin. Als ich dann aber nach acht Wochen erklärte, keinesfalls länger warten zu können, sagte man mir stadthaus: man könne und wolle jetzt noch nichts für mich tun. Damit war nun definitiv alles zu Ende.

Ich habe mein Möglichstes getan, um meine Staatsbürgerlichen Pflichten gegen den Staat, in dem ich geboren bin, zu erfüllen. Auch heute noch, nachdem meine Bemühungen immer

gefallen habe als Soldat, zugleich spielten sich handgreifliche Kämpfe ab zwischen Ballonen und Planen. Die Stimmung war äußerst erregt, und die Truppe wünschte nicht feindselig, als so schnell wie möglich aus diesem brodelnden Degensteeß herauszukommen.

Am andern Morgen stand fest, daß das Bataillon den Fußmarsch nach Lüttich nicht fortsetzen konnte. Es waren zu viel Schwache und Kranke dabei, die kaum einen Tagesmarsch zurücklegen konnten. Deshalb erwählte man sich, den kürzeren Weg über Holland zu nehmen. Das Bataillon führte nach einer Menge Karrettenbewegungen bei sich, die aus Bataillionsmitteln, also von Geldern, die eigentlich den Mannschaften gehörten, gekauft waren. Sie unterstanden einweilen noch dem Verpflegungsoffizier des Bataillons, und die Mannschaften warteten gespannt auf den Augenblick, wo sie Gelegenheit haben würden, zu einer kleinen Jigarrs, zu einer Flasche Wein oder einem sonstigen Bedarfsartikel zu kommen.

Was tat aber der Verpflegungsoffizier, dem die Aufgabe zugewiesen war, für das Wohl der Mannschaften und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel zu sorgen? Er ließ den Bataillionswagen mit den Karrettenbewegungen an andern Morgen auf den Marktplatz fahren, nahm oben auf seinen Platz und verfrachtete Wein, Cognac, Jigarrs, Zigaretten, Kaffee und Kalao zu Schätzwerten an die Zivilbevölkerung. Deren Wohl stand ihm also höher, als das Wohl der Soldaten, obwohl diesen bislang von Offizieren eingeredet worden war, die belgische Bevölkerung verdiene keine Gnade, man solle sich nicht mit Zivilisten einlassen, da sie alleamt verbrochenen Verbrechen gegen Deutschland begien.

Als die Mannschaften von dieser eigenartigen Verteilung hörten, eilten sie nach dem Marktplatz, holten den Offizier vom Wagen herunter und verteilten den Höflichen Rest der Waren unter sich. Wo das Geld geblieben ist, das der schöne Offizier bei der Verteilung einstrahlte, auf die Verantwortung dieser Frage warten die Mannschaften des Bataillons Potsdam noch heute. Man kann sich leicht ausmalen, welche Wut dieses herrliche Vorbild von Offizier bei den Mannschaften auslöste. War es doch zudem noch bekannt geworden, daß diesem Offizier für seine Kontingenteinfälle vom Bataillionskommandeur, Freiherrn von Sckow, pro Tag 11 Mark Spesen bewilligt worden waren, also für eine Dienstleistung, für die er doch schon so reichlich wie jeder andere Offizier bezahlt wurde. Natürlich wurden die Spesen auf die Weise der Karrettenbewegungen geschlagen, und daher kam es, daß sich diese dauernd verteuerten.

Aus solchen Vorfällen sollte sich die Offiziersklasse zusammensetzen, die wieder zur Herrschaft gelangen und dem Volke die Freiheit mit blauen Bohnen austreiben möchte. Aber die Mannschaften, die von herausfordernden Tritten dieser Herrschaften vier Jahre widerspruchslos zugehen mußten, werden nicht vergessen, wie man sie in jeder Weise vernachlässigte und benachteiligte. Sie werden dafür sorgen, daß den Herren die Böume nicht wieder in den Himmel wachsen und die Angriffe auf die Freiheit von jener Seite aus rücksichtslos zurückgemacht werden.

Kreisgeneralsversammlung für Zellow-Beestow.

In Ergänzung unseres gestrigen Vortrags geben wir nachfolgend noch ausführlich die Verhandlungen wieder:

Am 1. Januar fand die Generalsversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des Kreises Zellow-Beestow statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Nationalversammlung, 2. Russische Revolution, 3. Kreisangelegenheiten, 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende Zirkel-Neußlin eröffnete die Versammlung um 10 Uhr vormittags. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Neumann-Romow, festzustellen, wer von den Delegierten sich zur Kommunistischen Arbeiterpartei erkläre. Den Delegierten, die durch ihre Beteiligung an der Kommunistischen Arbeiterpartei zu Gegnern unserer Partei geworden seien, dürfte unmöglich ein Mitgliedschaftsrecht bei den zu lassenden Geschäften eingeräumt werden. Auch müsse dem Vorsitzenden, der sich zum Spartakusbund bekannt habe, das Recht abgesprochen werden, die Versammlung zu leiten, nachdem der Spartakusbund sich als selbständige Partei etabliert habe. Der Vorsitzende Zirkel-Neußlin entgegnete, daß er dem Spartakusbund seit Ausbruch des Krieges angehöre und noch heute zugleich Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sei. Eine Entscheidung des Wahlvereins von Neußlin, dem er angehöre, zur Kommunistischen Arbeiterpartei sei noch nicht gefällig. Das werde erst nach dieser Kreisgeneralsversammlung entschieden. Es entspann sich eine erregte Geschäftsordnungsdebatte, die eine volle Stunde in Anspruch nahm.

Peters-Altenende wies darauf hin, daß nach einem

wieder mit Hohn und falter Verachtung zurückgewiesen sind, werde ich nicht aufhören, dies zu tun. Ich werde auch fernerhin meine sozialistische Pflicht erfüllen und dafür kämpfen, daß, soweit es meine Person betrifft, das Gesetz herrscht und nicht die Willkür.

So richtig ich denn in Verfolgung dieser Absicht zuerst einmal diesen offenen Brief an diejenigen, die heute die Geschicke Deutschlands lenken, und den wir ja leider alle nicht kennen — Reichsminister, Kaiser und Kriegsminister sind es nicht; denn sie haben mit ja alle nicht zu meinem Recht verhalten können. — Möge der große Unbekannte die hier angeführten Tatsachen prüfen, und möge er diejenigen strafen, die so unverantwortlich die Gewalt, die in ihre Hände gelegt war, mißbraucht haben — möge er mir helfen, das Heimatsrecht, um das sie mich gebracht, wieder zu erlangen.

Als ich Deutschland verließ, tat ich es, weil ich selbst keine Lust mehr hatte zum freien Kämpfen in dem Bunde, das für mich, wie für so viele andere, nur noch ein großes Gefängnis war, ich tat es aber vor allem, weil ich glaubte, hier draußen etwas tun zu können, was diesem armen Lande ein wenig nützlich sein würde, wie der ganze Menschheit.

War das nicht anmaßend? — Vielleicht — doch das mögen nachsichtige Anselgelandter beurteilen, vor deren willkürlichem Auge es klar liegen wird, ob der Weg zur Größe Deutschlands mit dem Schwert erlangen sein wird, oder mit dem Geiste. Ich sehe diesem kommenden Urteil ruhig entgegen, denn für mich ist es felsenfeste Gewißheit, daß noch alle Völker zugrunde gegangen sind, die glaubten, sich auf das Schwert stützen zu können, und daß heute mehr als je Gotteskämpfe wichtiger sind, als das Landgewinn.

Europas Einigung ist im Werden, und dazu hat der Europa zerplatzende Krieg schollen. — Er hat auch dem blindesten Auge das Unmögliche der jetzigen Zustände manifest gemacht. Wir wissen heute, daß eine Neuordnung Europas kommen muß, und daß Europa überhaupt nur dann eine Existenzmöglichkeit hat, wenn entweder seine Staaten sich zu einem größeren, einzigen Ganzen verbinden, oder aber (falls sie das nicht wollen) — was heute bei der tatsächlich vorhandenen Verschiedenheit der nationalen Kulturen auch kaum irgendwo — aber auch nur möglich zu machen wäre)

Bericht in der „Neuen Post“ der Wahlverein von Neußlin sich bereit für die kommunistische Arbeiterpartei erklärt habe. Im Interesse der Arbeit und der dringenden Organisations- und Agitationsarbeiten sei eine sofortige reinliche Scheidung für beide Teile wünschenswert.

Dr. Dunder-Stephly ersuchte, die Scheidung erst nach gründlicher Aussprache über die neue Partei vorzunehmen, was beim ersten Punkt der Tagesordnung erledigt werden könne. Es wurde beschlossen, daß der Vorsitzende sein Amt so lange weiterführe, bis die Entscheidung gefallen sei. Darauf wies Zirkel-Neußlin einen Ratschlag auf die Tätigkeit des Wahlvereins in der Kriegszeit und der Revolution. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, mit denen der Vorstand unter dem Belagerungsdruck zu kämpfen hatte. Eine gründliche Agitation im Kreise, besonders auf dem Lande, sei unmöglich gewesen. Bedenke kommt im Laufe seiner Rede auf die Entscheidung der politischen Richtungen innerhalb der Partei zu sprechen und erklärt, daß die Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei notwendig geworden sei. Der Vorstand sei der Meinung, daß den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden müsse, zu dieser Gründung Stellung zu nehmen, und nach etwa vier Wochen sei eine Urabstimmung über einen eventuellen Anschluß an die neue Partei vorzunehmen. Er geht dann zur Frage der Nationalversammlung über.

Zirkel schlägt vor, von einem Referat über diesen Punkt abzusehen, da die Verbandsgeneralsversammlung von Groß-Berlin die Stellung der Parteigenossenschaft bereits festgelegt habe; es käme nur noch eine Aussprache der Delegierten in Frage. Dazu reihe eine Zeit von zehn Minuten für den einzelnen Redner an. Es wird demgemäß beschlossen. Die Redner kommen abwechselnd ihrer Stellung für oder gegen die Nationalversammlung zum Wort. In der Debatte wird auch die Gründung der neuen Partei berührt. Nach längerer Diskussion spricht sich die Übergangsversammlung der Versammlung, etwa vier Minuten für eine Verteilung an den Wahlen zur Nationalversammlung aus. Damit war auch die Stellung der Versammlung zur Kommunistischen Arbeiterpartei entschieden, denn diese hatte bekanntlich beschlossen, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen.

Die Mandatprüfungskommission berichtet, daß 157 Delegierte vertreten sind. Über dem ist der Kreisvorsitzende vollständig und die Genossen Zirkel und Dr. Herzfeld amnestiert. Einem Delegierten aus Schenkerhof, der kein Mandat erhalten habe, wird ein solches zuerkannt. Es wird dann zur Abstimmung über die Kandidaten für die Nationalversammlung gelassen. Auf Beschluß Adde's Baumhülshagen wird die Abstimmung der Kandidaten von der Erklärung des Vorsitzenden, daß er auf dem Boden der U.S.D. stehe, abhängig gemacht. Auch die Genossen Freigang und Bachmann vom Vorstand erklären, daß sie auf dem Boden der U.S.D. stehen und die Spaltung nicht mitmachen. Die Gegner der Nationalversammlung erklären, ihren Protest auf dem Stimmzettel für die Kandidaten zum Ausdruck zu bringen. Freigang gibt dann eine Uebersicht über den Stand der Sache und die Arbeiten des Vorstandes in letzter Zeit. Die Verhältnisse seien überaus traurig. Viele Orte seien mit ihren Wohnungen mit mehreren Quartalen im Rücklande. Es mußte sogar, um die erforderlichen Beitragsmarken anzuschaffen, ein Darlehen von 1800 M. aufgenommen werden. In der anschließenden Diskussion wird dem Vorstand der Vorwurf gemacht, daß er vor allem seit Ausbruch der Revolution für die Agitation im Kreise nichts unternommen habe. Auch die Frage der verbundenen Fiktionen und der Urabstimmung über den Anschluß an die Kommunistische Arbeiterpartei wurde besprochen. Peters-Altenende führte aus, daß von einem geschlossenen Uebertritt zur neuen Partei nicht die Rede sein könne. Der Uebertritt zu einer Partei müsse dem freien Entschluß eines jeden Einzelnen überlassen bleiben. Nach langer Debatte wird eine Wahlkommission eingesetzt, die dem Vorstand ausgeteilt werden und insbesondere die Wahllegislation zu leiten habe. Sie besteht aus Großmann-Neußlin, Kämpfer-Neußlin, Adde-Baumhülshagen, Peters-Altenende, Koh-Kempelhof, Wilsberg-Schöneberg, Wilm-Neußlin und Krab. Der Antrag, verbundene Fiktionen mit dem Kreisvorsitzenden anzuführen, wird mit 33 gegen 41 Stimmen abgelehnt. An dieser Abstimmung beteiligten sich auch die Gegner der Nationalversammlung, was zu heftigen Protesten einiger Delegierter Anlaß gab. Der Vorsitzende erklärte dagegen, daß jedem Delegierten das Recht, in allen Fragen mitzustimmen, zuerkannt werden müsse. Die Zeitungsgattung soll künftighin den weiblichen Mitgliedern nicht mehr geliefert werden. Über den Beschluß des Vorstandes, zwei geschlossene Uebertritte zur Kommunistischen Arbeiterpartei eine Urabstimmung vorzunehmen, wurde nicht abgestimmt. Da der Saal geräumt werden muß, wird die Versammlung um 14 Uhr geschlossen. Die Namen der Kandidaten zur Nationalversammlung sind von uns im heutigen Morgenblatt veröffentlicht.

Peters-Altenende wies darauf hin, daß nach einem

wenn sie eine überstaatliche Organisation und Kontrolle mit genügender Sachkenntnis schaffen. Es ist heute nicht mehr die Frage, ob man sich schon Trauer betrinken wolle, sondern nur noch, wie man diese selbstverständliche Notwendigkeit durchzuführen habe — und, wer es tun wird: die Völker oder die Regierungen. — Das sollten alle Regierungen bedenken.

Diesem einfachen und selbstverständlichen Gedanken wollte ich dienen, und ich weiß, daß ich hierdurch gleichzeitig am besten meinem eigenen Vaterlande Deutschland diene, das sich nur frei und groß entwickeln können, wenn es sich als nützlich Mitglied dieser großen Massen einordnet vermag.

Für solches Ziel kämpfen bereits viele. Die besten Menschen unserer Zeit haben uns belehrt, daß der Krieg, ich spreche hier nicht von der für jede gesellschaftliche Organisation notwendigen Unterdrückung, respektive Ausrottung von Verbrechern, die, wenn es sich dabei um den Kampf gegen größere Gruppen handelt, äußerlich die Formen des Krieges annehmen kann) für jedes moralische Empfinden, wie man es auch begründen mag, eine Unstimmigkeit bedeutet.

Die nächsten Schritte haben betrieften, daß er in der heutigen Zeit unhandlos ein kleines unentbehrliches Geschäft ist, bei dem selbst der Sieger niemals auf seine Kosten kommt.

Die erfahrensten Kenner der Welt haben uns an Beispielen gezeigt, daß die Organisation der Erde heute schon besteht und sich in Tausenden von Verbindungen des Handels, der Wissenschaft, der Technik, der Politik, der politischen Parteien und vieler anderer Institutionen lebensfräftig äußert.

Die Statistiker haben darauf hingewiesen, daß bei der zunehmenden Bevölkerungszahl und den wachsenden Bedürfnissen kein Staat der Welt, so groß er auch sein mag, sich alleine völlig genügen kann, und daß wir daher heute mehr als je auf die Hilfe der anderen angewiesen sind.

Nur die Frage ist, so vielfältig und so gründlich von allen Seiten beleuchtet worden, daß es schönen könnte, als wäde sie eigentlich nicht, und weitere Arbeit auf diesem Wege überflüssig.

Es ist zu einem gewissen Grade in das auch richtig, und in dankbarer Erinnerung sehe ich zu den unigen Männern empor, die in jahrelangem Kampfe diesem Ziele die Arbeit über Lebensgrundweil.

